

Politische Neutralität von Vereinen, „Übergriff auf die Zivilgesellschaft“: Filiz Polat aus Bramsche kritisiert CDU-Anfrage

Vonnoz.de | 27.02.2025, 16:34 Uhr | 4 Leserkommentare

<https://www.noz.de/lokales/bramsche/artikel/bramsche-polat-kritisiert-cdu-anfrage-zur-vereinsneutralitaet-48417268#comments>

Beitrag hören:

03:10

Filiz Polat aus Bramsche tritt zur Bundestagswahl 2025 als Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen an. Filiz Polat aus Bramsche kritisiert die Anfrage der CDU zur politischen Neutralität von Vereinen, die Protest gegen rechts organisiert haben. Foto: André Havergo

Die CDU hinterfragt in einer Anfrage an die Bundesregierung die politische Neutralität von Vereinen, die Proteste gegen rechts organisiert haben. Dafür wird sie kritisiert, auch von Filiz Polat aus Bramsche, die als niedersächsische Spitzenkandidatin der Grünen gerade wieder in den Bundestag eingezogen ist.

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat eine parlamentarische Anfrage zur politischen Neutralität von Nichtregierungsorganisationen mit 551 Fragen an die Bundesregierung gestellt. Adressiert werden dabei unter anderem die „Omas gegen Rechts“, die sich auch in der Region Osnabrück aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren.

Filiz Polat, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen aus Bramsche, die als niedersächsische Spitzenkandidatin auch im kommenden Bundestag sitzt, meldet sich dazu in einer Pressemitteilung jetzt zu Wort: „Die Anfrage der Union soll offenbar Bürger und Vereine einschüchtern. Sie ist ein eklatanter Übergriff auf die Zivilgesellschaft und auf unsere Versammlungsfreiheit“, wird sie darin zitiert.

Engagement von Vereinen verdient Unterstützung

„Es ist nicht nur legitim, sondern auch notwendig, dass sich Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie einsetzen. Dieses Engagement ist zweifellos gemeinnützig und verdient Unterstützung, nicht Sanktionen“, heißt es weiter.

In der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung mit 551 Fragen erkundigt sich die Union danach, welche gemeinnützigen Körperschaften in der abgelaufenen Wahlperiode mit Bundesmitteln gefördert wurden, so die Pressemitteilung. Es folgten detaillierte Fragen etwa zu Aktionen, Spenden und politischen Verbindungen – unter anderem zu „Omas gegen Rechts“, Campact, Correctiv, Attac, Amadeu Antonio Stiftung, Peta, Foodwatch, Deutsche Umwelthilfe, Agora Energiewende, Greenpeace, Netzwerk Recherche oder dem Verein Neue deutsche Medienmacher*innen. Insbesondere der Osnabrücker CDU-Abgeordnete Matthias Middelberg habe die Organisationen angegriffen und gefordert, ihre Förderung zu überprüfen, heißt es weiter.

<https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/demos-gegen-merz-union-stellt-foerderung-von-vereinen-infrage-48344406>

Kritik an Vorgehen der CDU

„Die Union will offenbar in autoritärer Manier Menschen, die sie unbequem findet, die Finanzierungsgrundlage entziehen“, so Polat. „Eine solche obrigkeitstaatliche Gängelung der Zivilgesellschaft kennen wir bisher nur von undemokratischen Regimen wie in Ungarn oder

Russland. Stattdessen sollte sich die Union fragen, warum sie zum Adressaten von Massendemonstrationen geworden ist, die sich um unsere Demokratie sorgen“, findet die Grünen-Politikerin.

„Wenn sie mit Verfassungsfeinden gemeinsame Sache macht und mit ihnen gemeinsam für grundgesetzwidrige Vorhaben stimmt, dann ist es mehr als angebracht, dagegen auf die Straße zu gehen. Es ist besorgniserregend, dass die Union nun versucht, diejenigen zu diskreditieren, die sich gegen solche Tendenzen zur Wehr setzen. Wir stehen solidarisch zu den Menschen und Organisationen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, und werden versuchen, sie nach Kräften vor dem Angriff der Union zu schützen.“